

Die „Diktatur im Entstehen“ wird herausgefordert



Von DER ANALYST | Wir erleben gerade in Deutschland als Zeitzeugen den schleichenden Übergang von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in eine sozialistisch geprägte Diktatur. Dort sind wir zwar noch nicht angekommen, aber die (fast) lupenreine Demokratie, die unser Land viele Jahrzehnte ausgezeichnet hat, liegt bereits hinter uns. In einer Art Salomitaktik wurden und werden weiterhin geltende Gesetze und Grundrechte ausgehebelt, weil das angeblich alternativlos ist. Es bleibt später den Historikern überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann unser Land auf diesen unseligen Pfad geraten ist. Der Autor tippt auf die Ära des Kabinetts Merkel I (2005 – 2009).

Aufgrund des im Vergleich zu früheren Diktaturen immensen technischen Fortschritts und bahnbrechender Erkenntnisse im Bereich der Massenmanipulation und -psychologie, ist von einem längerfristigen Verlust unserer Grund- und Freiheitsrechte auszugehen. Im schlimmsten Fall sehen wir vielen Jahrzehnten in einer Diktatur entgegen.

Maskenpflicht im Freien völlig überflüssig

Eines der Merkmale eines totalitären Staates besteht darin, dass man gezwungen wird, Anordnungen zu befolgen, die nicht nur völlig unverhältnismäßig sind, sondern auch jeder Logik und dem gesunden Menschenverstand diametral widersprechen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Maskenpflicht im Freien.

Der Aerosol-Physiker Gerhard Scheuch, der die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA berät, hat bewiesen, dass man sich bei einem Vorbeigehen im Freien nicht anstecken kann. Scheuch im Interview mit „The Pioneer“:

„Das ist unmöglich. Da kriegt man einfach viel, viel zu wenige Viren ab. Bei den Coronaviren, mit denen wir es jetzt zu tun haben, braucht man mindestens fünf bis 15 Minuten relativ dichten Zusammenstehens, um sich direkt zu infizieren.“

Wenn der Autor mit seiner Einschätzung über die politischen Verhältnisse in diesem Land richtig liegt, wird diese von Studien untermauerte wissenschaftliche Erkenntnis, keinerlei Einfluss auf die weiteren politischen Entscheidungen der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten haben.

Massive Kritik von den Leitern der Berliner Gesundheitsämter

Das selbe ist bezüglich eines Schreibens aller zwölf Leiter der bezirklichen Gesundheitsämter Berlins an die Senatskanzlei zu erwarten, das dem Berliner Tagesspiegel vorliegt.

Die Amtsärzte fordern, Lockerungen nicht mehr an generelle Inzidenzwerte zu knüpfen und kritisieren die „NoCovid“-Konzepte scharf. In dem Schreiben heißt es:

„Diese Inzidenzen bilden nicht das wirkliche Infektionsgeschehen ab. Sie sind von Testkapazitäten und dem Testwillen der Menschen abhängig. Dadurch kommt es zu Schwankungen, die nicht die infektiologische Lage widerspiegeln.“

Zudem sei ein gewaltiger Unterschied, ob bei einer Sieben-Tages-Inzidenz von 50, alle Infizierten symptomfreie Kinder seien und die über 80-Jährigen schon durchgeimpft wären oder ob bei einer Inzidenz von 50 vor allem Risikogruppen betroffen seien. Demnach müsste man auch die politischen Maßnahmen

entsprechend justieren.

Dann warten wir mal ab, ob und wie der Berliner Regierende Bürgermeister die politischen Maßnahmen justiert.

Als im November 2020 Friedrich Pürner, der Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg, die Corona-Politik von Ministerpräsident Söder kritisierte, folgte als politische Maßnahme die Strafversetzung des Amtsarztes. Mal sehen, ob jetzt in Berlin für zwölf leitende Amtsärzte andere Posten irgendwo in der Pampas gefunden werden.

Gerne erfüllen wir die Bitte der Betreiber des alternativen Telegram-Nachrichtenkanals D-NEWS, an dieser Stelle Werbung für sie zu machen.

D-NEWS – besuchen und abonnieren lohnt sich! Hier der Link:
<https://t.me/MeineDNEWS>

